



DR. ANNA KÖBBERLING, MDL

# NEUES

## AUS DEM LANDTAG

### Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

kurz vor den Sommerferien und damit auch vor der parlamentarischen Sommerpause in Rheinland-Pfalz gibt es noch einmal Neues aus dem Landtag. Eigentlich sollte die Juni-Sitzung – wie zuvor schon die Maisitzung – wieder volle zwei Sitzungstage dauern, aber das Corona-Virus machte uns einen Strich durch die Rechnung: Am Morgen des zweiten Tages erfuhren wir, dass die Sitzung ausfallen muss, weil eine Kollegin unserer Fraktion mit einer infizierten Person Kontakt hatte, möglicherweise selbst infiziert war und schlimmstenfalls am Vortag weitere Mitglieder des Landtags infiziert haben könnte. Zum Glück stellte sich der Test später als negativ heraus. Wir konnten jedoch nur die halbe Tagesordnung behandeln – darunter die wichtige Frage, ob der Rassebegriff aus der

Landesverfassung gestrichen werden soll. Was wir noch geschafft haben, war ein neues Schulgesetz zu verabschieden, in dem Schülerinnen und Schüler deutlich mehr demokratische Mitbestimmungsrechte haben. Und wir haben das Ferienprogramm besprochen, das auch in der Videokonferenz mit den Schulen schon eine wichtige Rolle spielte.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern einen schönen Sommer, erholsame Ferien und dass alle gesund bleiben! Vielleicht schaffen wir es ja gemeinsam durch Abstandhalten und Disziplin, die Infektionsrate noch weiter zu senken, so dass nach den Ferien ein weiteres Stück Normalität zurückkehrt...

Herzliche Grüße

*Anna Köbberling*



Giorgina als Sängerin in der Koblenzer Kulturfabrik

### Das R-Wort raus aus der Verfassung?

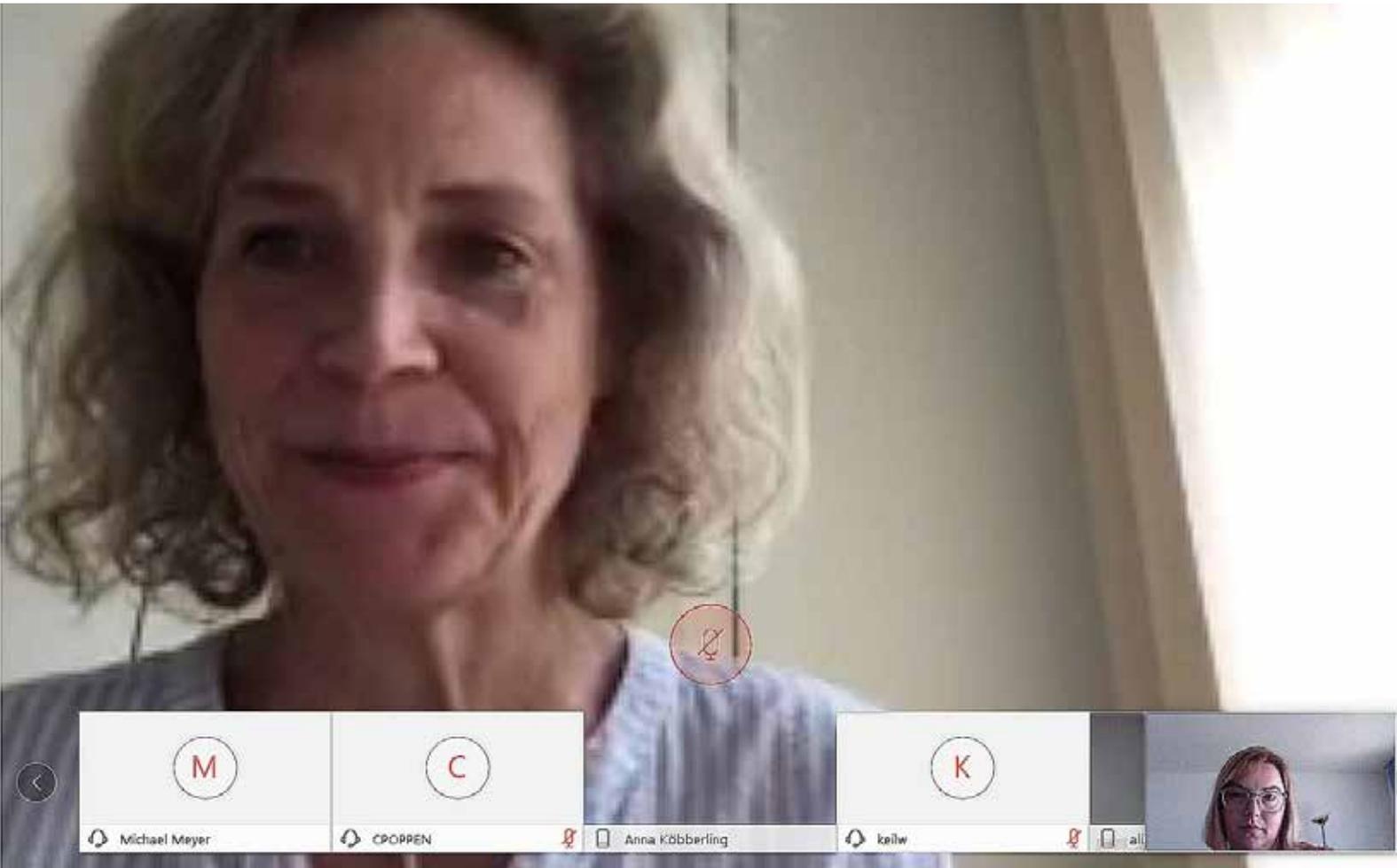
---

„Die Ehre des Menschen steht unter dem Schutz des Staates. Beleidigungen, die sich gegen einzelne Personen oder Gruppen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Rasse, einer religiösen, weltanschaulichen oder anerkannten politischen Gemeinschaft richten, sollen durch öffentliche Klage verfolgt werden“, heißt es in Artikel 4 der rheinland-pfälzischen Landesverfassung. Auch in Artikel 3 des Grundgesetzes findet sich das hässliche R-Wort, obwohl wissenschaftlich erwiesen ist, dass es keine Menschenrassen gibt. Im Zuge der „Black lives matter“-Bewegung kam die – aus meiner Sicht mehr als berechtigte – Forderung auf, dieses Wort aus den Verfassungen zu streichen. Es fand seinen Weg in die Verfassungstexte Ende der 40er Jahre unter dem Eindruck der Verbrechen des Nationalsozialismus und des dafür ursächlichen Rassenwahns. Dass dies nie wieder passieren darf, kann man auch an-

ders ausdrücken – z.B. mit dem Begriff der „ethnischen Herkunft“, wie es Justizminister Herbert Mertin vorgeschlagen hat. Ob es nicht noch bessere Begriffe gibt, muss ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Landtags zeigen, für das sich in der Debatte alle Fraktionen bis auf die AfD ausgesprochen haben. Diese sprach von einer „völlig unnötigen und ideologischen Symboldebatte ohne jede Wirkung“ und argumentierte damit, ohne den Rassebegriff könne man auch keinen Rassismus bekämpfen – eine Logik, der ich nicht folgen kann.

Für die SPD hielt meine Kollegin, die aus Koblenz stammende Abgeordnete Giorgina Kazungu-Hass, eine sehr bewegende und persönlich gefärbte Rede.

Ich sehe der weiteren Debatte nach den Sommerferien gespannt entgegen.



### Arbeitnehmerrechte in der Krise

#### Videokonferenz für Betriebs- und Personalräte

Videokonferenzen sind ein durch die Corona-Krise bedingtes neues Veranstaltungsformat, das sich sehr gut für ein interessiertes Fachpublikum eignet. Zusammen mit dem Vorsitzenden des DGB-Stadtverbands, Sebastian Hebeisen, und Ali Yener (der gerade mit einem sensationellen Ergebnis wieder zum 1. Bevollmächtigten der IG Metall Koblenz gewählt wurde) habe ich eine Videokonferenz für Betriebs- und Personalräte zum Thema Arbeitnehmerrechte angeboten. Zahlreiche Betriebs- und Personalräte großer Koblenzer Unternehmen folgten der Einladung und diskutierten mit uns über die Folgen der Corona-Pandemie für den Wirtschaftsstandort Koblenz.

Im Laufe der Diskussion wurden auch die Unterschiede deutlich. Während die Betriebsräte der Automobil-Zulieferer-Industrie konkrete Befürchtungen hinsichtlich des Abbaus von Arbeitsplätzen hatten, berichtete der Betriebsrat des großen Dienstleisters Debeka, dass sein Unternehmen bisher nahezu unbeschadet durch die Pandemie komme.

Da es sich auch um eine Nachfrage-Krise handelt, begrüßen die Gewerkschafter und ich die Nachfra-

ge-steigernden Impulse des Konjunkturpakets des Bundes wie die befristete Absenkung der Mehrwertsteuer, den Kinderbonus und die Senkung der EEG-Umlage, die zu sinkenden Strompreisen führen wird.

Große Befürchtungen bestehen aber, dass es im Herbst zu einem Arbeitsplatzabbau in den Betrieben der Automobilzulieferer-Branche kommen könnte. Die Betriebsräte appellierten an mich, sich für eine Verlängerung der Kurzarbeit auf 24 Monate einzusetzen, was ich gerne zugesagt habe. Die Verlängerung der Kurzarbeit sei ein wichtiges Ziel der SPD-Landtagsfraktion, für das sich diese bereits gegenüber Bundesminister Hubertus Heil ausgesprochen habe.

Eine Befürchtung der Gewerkschafter lautet, dass die Corona-Krise als Einfallstor genutzt werden könnte, um nicht nur – wie bereits geschehen – Tarifverträge auszusetzen, sondern auch, um Arbeitnehmerrechte wie geregelte Arbeitszeiten, Urlaubs- und Weihnachtsgeld in Frage zu stellen. Hier müssten Betriebsräte, Gewerkschaften und Politik genau hinsehen und Mitnahmeeffekte verhindern.



### „Der Familiensommer kann kommen!“

Eine weitere Videokonferenz habe ich zusammen mit der bildungspolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Bettina Brück, für Koblenzer Schulen angeboten. Mich hat interessiert, wie die Schulen mit den Hygieneauflagen zurechtkommen und wie sich der Shutdown und die corona-bedingten Einschränkungen auf den Lernerfolg auswirken. Dabei zeigten sich Lehrkräfte und Eltern besorgt, dass einige Schülerinnen und Schüler relativ viel Stoff versäumt haben und eine Chance bräuchten, diesen nachzuholen, um nicht abgehängt zu werden. Genau hier setzt das Ferienprogramm der Landesregierung an: Unter dem Motto „MiteinanderGutLeben – Familiensommer Rheinland-Pfalz“ hat die Landesregierung ein vielfältiges Ferienprogramm auf die Beine gestellt, an dem neben dem Bildungsressort auch das Familienministerium sowie das Umweltministerium beteiligt sind. Für Betreuungsangebote, eine Sommerschule, Lernpatenschaften sowie Feriensprachkurse nimmt das Bildungsministerium rund zwei Millionen Euro in die Hand. Davon sind erneut 1 Million Euro für Ferienbetreuungsmaßnahmen in den rheinland-pfälzischen Kommunen vorgesehen. Insbesondere für Eltern, die wegen der Corona-Krise keinen Urlaub mehr haben, ist dies eine enorme Entlastung. Für Ferienangebote für Kinder, Jugendliche und Familien stellt die Landesregierung 1,5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung, damit auch Spiel und Spaß in diesem Sommer nicht zu kurz kommen.

Kern des Ferienprogramms ist die „Sommerschule RLP“. Die Sommerschule ist eine gemeinsa-

me Initiative des Bildungsministeriums und der rheinland-pfälzischen Kommunen. Vor allem in Schulgebäuden soll in den letzten beiden Ferienwochen drei Stunden pro Tag ein qualifiziertes Unterrichtsangebot mit freiwilligen Kursleiterinnen und Kursleitern stattfinden. Das freiwillige Angebot richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 8, die Teilnahme an der Sommerschule ist kostenlos. Das Ferienprogramm sieht zudem Lernpatenschaften für Schülerinnen und Schüler mit individuellem Unterstützungsbedarf vor. Diese sollen während der Sommerferien durch Studierende begleitet werden. Auch die Feriensprachkurse an den Volkshochschulen sollen ausgebaut werden.

Die rund 70 Familieneinrichtungen in Rheinland-Pfalz können für zusätzliche Ferienangebote für Familien eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 5000 Euro erhalten. Bezuschusst werden etwa Tagesausflüge, Mal- und Bastelkurse oder Naturerlebnisse. Damit in diesem Jahr noch mehr Kinder und Jugendliche bei den vielen Ferienfreizeiten im Land mitmachen können, stellt die Landesregierung für diese 1,1 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.

Ich finde es erfreulich ist, dass einkommensschwache Familien für gemeinsame Ferien in Familienferienstätten, Jugendherbergen sowie auf Winzer- und Bauernhöfen auch in diesem Jahr wieder einen Zuschuss beantragen können. Denn auch Familien mit kleinem Geldbeutel sollen sich in diesem Sommer erholen können.



### Busfahren in Koblenz wird billiger und bequemer

Endlich mal wieder analoge Politik! Eine der ersten Bürgerversammlungen nach dem Corona-Shutdown veranstaltete der SPD-Ortsverein Metternich-Bubenheim in der letzten Woche zum Thema „ÖPNV-Wende in Koblenz - Was ändert sich?“. Rund 15 Teilnehmende versammelten sich mit großen Abständen im Closter Sudhaus und folgten einem überaus interessanten Vortrag des Geschäftsführers der Koveb, Jügen Czielinski.

Ab dem 01.01.2021 wird der neue Nahverkehrsplan umgesetzt, den der Stadtrat Anfang 2019 beschlossen hatte. Dabei werden die Bustickets um 20-25% günstiger, es gibt neue Buslinien, bestehende Buslinien werden verlängert, die Nachtbusse fahren bis zum frühen Morgen und die Busse werden durch Klimatisierung und freies W-lan größtenteils bequemer und zudem barrierefrei. Auch beim Thema Umweltschutz tut sich viel: Die Koveb hat 29 gasbetriebene Busse angeschafft und baut eine eigene Erdgastankstelle auf ihrem Gelände. Erdgasbusse kosten nur etwa die Hälfte von Elektrobussen, sind leichter und haben – solange der Strom noch nicht vollständig aus regenerativen Energien stammt – auch die bessere Umweltbilanz als Elektrobusse. Hinzu kommen vier Minibusse, um die engen Gassen in den rechtsrheinischen Höhenstadtteilen bewältigen zu können.

Für uns Metternicher interessant ist – neben der neuen Haltestelle „Gewerbegebiet Metternich“ –

die neue Buslinie 4, die die 20 ersetzt und über Rübenaach bis zum Gewerbegebiet an der A61 (Amazon, Druckzentrum der RZ) verlängert wird. Die 5 und 15 bleiben Metternich erhalten, werden aber bis auf den Asterstein verlängert. Bubenheim wird mit der neuen Linie 27 angehängt, die von Rübenaach bis zum Globus und weiter nach Kesselheim fährt. Auf der rechten Rheinseite kommen zwei neue Linien hinzu, die die „Höhenstadtteile“ untereinander verbinden.

Die Haltestellen werden ab 2021 barrierefrei ausgebaut, und – zumindest in der Innenstadt – nach und nach mit einer „dynamischen Fahrgastinformation“, also Anzeigetafeln in Echtzeit, ausgerüstet.

All diese Maßnahmen kosten viel Geld. Man rechnet mit einem jährlichen Zuschussbedarf von acht bis elf Millionen Euro, die die Stadtwerke erbringen müssen. Möglich wird dies überhaupt erst dadurch, dass die Koveb seit dem 01.10.2019 als Tochter der Stadtwerke 100% in städtischer Hand ist. Als Kevag bzw. EVM noch für den Busverkehr in Koblenz zuständig waren, waren Zuschüsse nicht möglich.

Wenn Busfahren billiger und bequemer wird, so unsere Hoffnung, steigen mehr Menschen auf dieses umweltfreundliche Verkehrsmittel um, so dass sich die Investitionen langfristig wieder rechnen.

# IMPRESSUM

**Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.)**  
Dr. Anna Köbberling, MdL  
Triererstr. 69  
56072 Koblenz

**Kontakt**  
+49 (0) 261 650 129 45  
info@annakoebberling.de

**Bildquellen**  
privat, unsplash

**Layout und Gestaltung**  
Dennis Feldmann

**Redaktion**  
Anna Köbberling, Ksenia Stähle,  
Olivija Shterjova

**Verbreitung**  
LT-Wahlkreis 9

**Erscheinungstermin**  
03. Juli 2020



### #ichpflanzfürdich

**#ichpflanzfürdich** ist eine tolle Initiative, deren Auftakt kürzlich in Koblenz stattfand: Mitmachen kann jede und jeder – ob mit eigenem Balkon oder Garten oder auch nur auf der Fensterbank. Einfach unter <https://www.rlp.de/de/buergerportale/ichpflanzfuerdich/> das Aktionsschild herunterladen und darauf schreiben, wem man seine Pflanzaktion widmet. Anschließend kann man es in den sozialen Medien teilen mit #ichpflanzfürdich.

„Die Mitmachaktion #ichpflanzfürdich lädt alle Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälerinnen dazu ein, einen Beitrag für das Klima, die Artenvielfalt und attraktive Lebensräume für Mensch und Tier zu lei-

sten. Wer mitmacht, hilft nicht nur Umwelt und Natur, sondern kann auf diese Weise Danke sagen - seinen Corona-Helden, einem lieben Menschen, oder auch dem Lieblingsverein“, erklärte Ministerpräsidentin Malu Dreyer. „Wir alle haben in den letzten Wochen und Monaten erfahren, wie sehr wir aufeinander angewiesen sind und dass auch die kleinste Geste der Rücksichtnahme und der Fürsorge für andere sehr wertvoll sein kann.“

Für alle, die es nicht lesen können: Auf meinem Schild steht, ich pflanze für alle Menschen mit Geduld...

**BÜRGER  
SPRECH  
STUNDE**

**ONLINE**

**Dienstag  
07. Juli 2020  
17:00 Uhr**

Live über meine Facebookseite:

Einfach in den Videokommentaren Deine Frage stellen oder vorab per Mail

**SCHON  
GEWUSST?**

Auf meiner Facebook-Seite und auf Instagram sind noch mehr Informationen zu meinen Aktivitäten im Wahlkreis und im Landtag zu finden!

[instagram.com/AnnaKoeberling](https://www.instagram.com/AnnaKoeberling)  
[facebook.com/AnnaKoeberling](https://www.facebook.com/AnnaKoeberling)



### Unsere Uni Koblenz hat eine große Zukunft!

Ein Thema, das in den letzten Wochen und Tagen in Koblenz und auch im Landtag intensiv diskutiert wurde, ist die Zukunft unserer Universität. Sicherlich wird uns dieses Thema auch im Wahlkampf noch beschäftigen. Angefangen hat es mit einem Forderungskatalog der Grünen im städtischen Hochschulausschuss. Ich stehe solchen Katalogen immer etwas skeptisch gegenüber, denn es ist leicht, Dinge zu fordern, die man nicht selbst bezahlen muss – und die Universität ist nunmal keine städtische, sondern eine Landeseinrichtung. Als Landtagsabgeordnete muss ich aber immer sowohl den Landeshaushalt als auch die anderen drei Universitäten und zehn Hochschulen im Blick behalten, wenn ich Vorschläge mache, und beantworten, wo ich denn die Millionen wegnehmen möchte, die für unsere Uni gefordert werden.

Mitte Juni gab es einen „offenen Brief“ der Koblenzer Dekane, in dem behauptet wurde, die Uni würde „irreparable Schäden“ nehmen, wenn nicht mehr investiert würde, und der Satz zu lesen war: „Die Landesregierung hat die Strukturreform der Hochschullandschaft von Rheinland-Pfalz bestellt, sie möge sie auch bezahlen!“

Zum letzteren ist zu sagen: Die Verselbständigung der Uni Koblenz wird seit mindestens zwanzig Jahren in Koblenz von Uni und Gesellschaft gefordert und wurde von einem unabhängigen Gutachten zur Hochschullandschaft empfohlen. Bezahlen wird sie aber selbstverständlich das Land. Dem gezeichneten Katastrophenszenario hat aber am nächsten Tag das Ministerium und in der Folgewoche auch die Unileitung selbst widersprochen. Aus den beiden Meldungen geht klar hervor: Die Trennung der Uni Koblenz-Landau ist kein Sparprogramm und Koblenz erhält ganz sicher nicht weniger Geld als vorher. *Zusätzliche* Mittel kann es aber nur geben, wenn das Konzept für die zukünftige Entwicklung der Uni klar auf dem Tisch liegt – nicht als Blankoscheck. Das zu entwickeln, ist erst

einmal Sache der Universität selbst, und der Prozess dazu ist klar festgelegt und in vollem Gange. Vor allem müssen dabei die beiden Standbeine Lehrerbildung und Informatik gestärkt und auf die Zukunft ausgerichtet werden. Zwei neue Vorhaben hat die Unileitung diese Woche im Hochschulausschuss vorgestellt: ein Projekt zur „Health data intelligence“ an der Schnittstelle zwischen Informatik und Wirtschaftswissenschaft und ein „Kompetenzzentrum Wasser“ mit einem kooperativen Studiengang „Hydrologie und Wasserwirtschaft“. Ich selbst würde mir zudem die Einrichtung eines Studiengangs Förderpädagogik wünschen. Aus meinen zahlreichen Gesprächen mit Schulen weiß ich, wie wichtig es ist, Kinder früh zu fördern und wie schwierig es ist, ausreichend Förderlehrerinnen und Lehrer zu bekommen. Dabei gehören im Sinne der Inklusion diese Lehrkräfte eigentlich an jede Grundschule.

Meine Forderung, die klinische Phase des Medizinstudiums auch an einem Verbund Koblenzer Krankenhäuser zu ermöglichen, hat mit dieser Diskussion übrigens nichts zu tun: Dieser Studiengang bliebe an der Universität Mainz angesiedelt, und die Uni Koblenz hätte allenfalls eine ergänzende Rolle.

Genauso wie die Gutachter und viele politische Vertreter unserer Stadt bin ich sicher, dass eine Universität Koblenz gut für die Region ist und sich mehr Drittmittel regionaler Unternehmen einwerben lassen, als für eine Universität Koblenz-Landau. Ein „Schlechttreden“ und unrealistische Forderungen in der Hoffnung, damit möglichst viel Geld zu erhalten (wie es MdB Oster in einer Videokonferenz formuliert hat) hat genau den gegenteiligen Effekt: Renommiertere Wissenschaftler wenden sich ab und die Qualität sinkt. Wichtig ist eine breite Unterstützung für die Zukunft unserer Uni, bei der alle an einem Strang ziehen – alle Parteien, die Stadt und das Land.